

Wochensatz alle 14 Tage  
Wochensatz, Preis  
1,20 RM.  
In Bestellung im Verlag  
„Die Eiche“, Berlin  
SW 55, Greifswalder  
Straße 222.

# Die Eiche

Anzeigen für die jeweils  
gespaltene Beilage  
20 Pfg.  
Arbeitsmarkt 15 Pfg.  
Ortsvereinsanzeigen  
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-V.)

Nr. 7/8

Berlin, den 19. Februar 1932

43. Jahrg.

Verlagsamt  
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Vollmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmte Postsendungen sind zu adressieren: Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222. Postfach 38821 beim Postfachamt Berlin NW 7.ämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 38821 beim Postfachamt Berlin NW 7

Verlagsamt  
Alexander 4719

## Reform der Sozialversicherung?

Die schwierige Wirtschaftslage in Deutschland läßt die Frage brennend erscheinen, ob nicht eine Reform der Sozialversicherung sich notwendig macht. In und für sich ist ja die Sozialversicherung in Wirtschafts- und hauptsächlich Industriekreisen noch nie ein bevorzugter Liebling gewesen und es ist deshalb verständlich, wenn gerade diese Kreise alles daran setzen, um eine Reform nach ihren Wünschen zu erreichen. Es ist nun die Frage zu prüfen, inwiefern ist eine Reform der Sozialversicherung berechtigt und inwieweit kann den gekünderten Wünschen Rechnung getragen werden. Dabei muß gleich von vornherein betont werden, daß es nicht gleichgültig ist, von wem die Reformvorschläge kommen und welchen Zweck sie verfolgen. Die Unternehmer haben sich schon seit Jahr und Tag gegen die Sozialversicherung eingestellt und deren Abbau gefordert. In Verbindung mit der Lohnfrage waren sie die Hauptbelastung der Gesetzgebungsarbeiten und insobedessen das größte Hemmnis zur Wiederherstellung der Wirtschaft. Die Lohnfrage ist nun inzwischen im Interesse der Unternehmer und wohl auch zufriedenstellend für diese gelöst worden. Auf einige Monate ist in dieser Beziehung Ruhe eingetreten, obgleich es durchaus nicht sicher ist, daß nach dem Wiedereintritt der Tarife ein weiterer Lohnabbau gefordert wird, denn die Löhne von 15—20 RM. höchstens sind immer noch zu hoch. Wenn nun die Unternehmer in der Lohnpolitik ihr Ziel im allgemeinen erreicht haben, so ist doch der vielgepriesene Erfolg ausgeblieben, nämlich die Beschäftigung. Wir haben wohl jetzt eine ungeheure Lohnsenkung, aber trotzdem keine Arbeit. Es ist also nicht eingetroffen, was die Unternehmer voraussetzten. Oder sollte dies noch an etwas anderem liegen? Sind die Gesetzgebungsarbeiten noch nicht genügend gesenkt? Es wird schon so sein. Die Sozialversicherung ist noch zu stark belastend und ist demnach noch das Hindernis zum Aufschwung. Hier sehen nun alle Kräfte ein, um das Hindernis möglichst radikal zu beseitigen.

Die Unternehmerverbände veranstalten prinzipiell eine Kundgebung gegen die Sozialversicherung nach der andern. Vor kurzem fand eine solche des Landesauschusses sächsischer Arbeitgeberverbände in Chemnitz statt, die sehr gut besucht war. Nach Zeitungsmitteilungen hat der Landesauschuß seine sämtlichen Vertrauensmänner in den Dienst der Sache gestellt. Man sammelt überall Material zur Sozialversicherungsreform und informiert sich über den freiwilligen Arbeitsdienst. Es werden wieder die bekannten Vorwürfe über die staatlichen Bindungen erhoben, die die Wirtschaft in Fesseln schlägt und an Stelle einer Elastizität eine Erstarrung eintreten läßt. Man redet wieder mit großem Pathos von der notwendigen Abstreifung der staats-sozialistischen Zwangsjacke und der Wiedereinsetzung der freien Privatwirtschaft. Dabei gehören gerade die sächsischen Arbeitgeber zum größten Teil der Partei an, die sich zu jeder Zeit als national-sozialistisch bezeichnet und welche gerade den Staatssozialismus will. Wenn in dieser Kundgebung betont wurde, daß im Jahre 1930 von 64 Millionen Einwohnern 60 Prozent gegen Krankheit versichert waren, in der Unfallversicherung 37 Prozent, in der Invalidenversicherung 35 Prozent und in der Arbeitslosenversicherung rund 36 Prozent, so ist dies doch gerade ein Vorteil für die Industrie, der die Arbeitskraft erhalten bleibt. Und wenn wirklich ein Fünftel der Bevölkerung, Arbeitslose, Wohlfahrtsempfänger, Fürsorgeempfänger, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene irgendwie Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhält, so ist dies zwar bedauerlich, aber doch nicht zu ändern. Denn die Auswirkungen des verlorenen Krieges lassen sich eben nicht mit der Vorkriegszeit vergleichen und die Arbeitslosen sind eben die Opfer der Wirtschaftskrise. Will man diese Leidtragenden einer falschen Staats- und Wirtschaftspolitik ohne (wieviel Mittel lassen, daß sie wenigstens das nackte Leben fristen können? Wer diese bedauerlichen Zahlen kritisiert, hat nicht viel Verständnis für die Leiden seiner Mitmenschen und braucht sich nicht zu wundern, wenn er als sozial-reaktionär bezeichnet wird.

Es ist natürlich auch kein Geheimnis, daß die sogenannte alte Sozialversicherung nicht auf Kosten gebettet ist. Wie könnte es auch anders sein. Die ungeheure Arbeitslosigkeit mit ihren Auswirkungen hat eben die Versicherungsbedürftigkeit bis zum äußersten angespannt. Auf eine solche Anspannung war auch keine Versicherung vorbereitet. Und wenn die Träger der Sozialversicherung mit einem Einnahmeverlust in diesem Jahre von 1 1/2 Milliarden rechnen, so wird dies schon stimmen. Da ist Sparsamkeit am Platze. Aber diese darf nicht nur erreicht werden durch Kürzung der Leistungen, wie es durch verschiedene Notverordnungen erfolgte, sondern auch durch eine Reorganisation der Verwaltung. Die Arbeitslosenversicherung in ihrer Dreiteilung — Versicherung, Kranks- und Wohlfahrtsunterstützung — hat wohl die äußerste Grenze der Beschneidung erreicht. Denn was heute noch als Arbeitslosenunterstützung in irgend einer Form gezahlt wird, ist nicht mehr mit dem alten Versicherungsprinzip zu vergleichen. Ähnlich steht es in der Kranken-, der Unfall- und Invalidenversicherung aus und auch die Kriegsverletzten und -Hinterbliebenen sind stark davon betroffen worden. Es ist nicht einmal auf die Genährung der notwendigsten Subsistenzmittel Rücksicht genommen worden und das ist für diejenigen, welche die Versicherungen irgendwie in Anspruch nehmen müssen, äußerst bitter. Der Versicherungscharakter ist so stark eingeschränkt, daß kaum noch davon etwas übrig bleibt.

Wie steht es denn in den einzelnen Versicherungen aus? In der Krankenversicherung ist durch die Notverordnungen vom Juli 1930 und Dezember 1931 ein weitgehender Abbau der Leistungen durchgeführt worden. Die erreichten Ersparnisse in Höhe von ungefähr 600 Millionen RM. werden bald aufgebraucht sein und was dann? In absehbarer Zeit ist mit einer Mehreinnahme nicht zu rechnen und es müssen deshalb neue Wege zum Ausgleich der Finanzlage gesucht werden.

Die Berufsgenossenschaften, die Träger der Unfallversicherung, haben die Leistungen um ungefähr 20 Prozent beschnitten. Sie können auch nach den Notverordnungen eine Fusion mit nolleidenden Berufsgenossenschaften eingehen resp. können dazu gezwungen werden. Es ist auch davon Gebrauch gemacht worden, aber doch immerhin noch verschwindend wenig, obgleich gerade bei den Berufsgenossenschaften eine Ueberorganisation vorhanden zu sein scheint, deren Verwaltungsapparat nicht gerade sehr billig ist.

Die Invalidenversicherung ist wohl die nolleidendste. Die letzten Notverordnungen haben auch hier nicht die Sanierung gebracht. Das Vermögen von 1 Milliarde RM. ist fest angelegt und nicht leicht frei zu bekommen. Eine Beitragserhöhung ist kaum möglich und bei der heutigen Wirtschaftslage wird dadurch die Mindereinnahme von 170 bis 200 Millionen auch nicht gedeckt werden können. Eine Leistungsherabsetzung trifft aber die Ärmsten der Arbeiter und ist nicht tragbar. Wenn man aber heute schon einem Leistungsabbau von 30 Prozent des Wortes redet, entsprechend dem höheren Marktwert, so muß erst nachgewiesen und durchgeführt werden, daß die Mark auch wirklich einen höheren Geldwert von 30 Prozent hat. Bis jetzt hat sich die Preisentwertung noch auf kaum 10 Prozent im Durchschnitt ausgewirkt.

Unsere Sozialversicherung kann aber nicht gesunden durch einen Abbau, sondern durch einen Umbau.

In Deutschland befinden sich 7300 Ortskrankenkassen, 60 gewerbliche und 55 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 35 Landesversicherungsämter, 70 Oberversicherungsämter und 1100 Versicherungsämter. Dazu kommen noch die Betriebskrankenkassen, die Ersatzkassen, die Angestelltenversicherung, die Knappschaft und die Arbeitslosenversicherung mit dem großen Apparat der Reichsanstalt.

Man hat nun den Vorschlag gemacht, alle sozialen Versicherungen in eine Organisation zusammen zu legen, und aus dieser dann alle Unterstützungen zu bestreiten. Also Kranken-, Invaliden-, Unfall- und Erwerbslosenunterstützung alles aus einer Kasse. Dazu wäre ein ungeheures Gebilde nötig, um alle Versicherungen sektionsweise durchzuführen. Eine solche Konzernbildung scheint aber gar nicht dazu angetan zu sein, eine große Ersparnis herbeizuführen und dazu schreden auch die Vorbilder in der Industrie.

Professor Brauer-Köln will die soziale Versicherung nach Berufsgruppen gliedern und die eigentliche Fürsorgefähigkeit den Gewerkschaften zuweisen. Ein Vorschlag, der ernstlich nachgeprüft werden muß, der aber in der heutigen Zeit wohl kaum eine Verwirklichung finden dürfte.

Nun hat der Reichsarbeitsminister mit dem Reichskanzler wiederholt ein Reformprogramm beraten, um die Verwaltungsarbeit der „alten“ Sozialversicherung zu vereinfachen. Man erstrebt da eine Verwaltungsgemeinschaft, die erhebliche Einsparungen bringen soll. Und in der Praxis ist es doch auch so, daß eine ganze Anzahl von Ämtern und Stellen eingezogen werden können, und daß in dieser Beziehung keine Rücksicht auf Personen, Parteien und sonstige Ansprüche genommen werden darf, wenn dadurch der Verwaltungsapparat in seinen Ausgaben in Einklang mit den herabgesetzten Leistungen gebracht werden kann.

Ein besonderes Kapitel in der sozialen Versicherung ist aber die Arbeitslosenversicherung. Durch die anhaltende Wirtschaftskrise sind wir auf über 6 Millionen Arbeitslose gekommen. Es ist dies eine Zahl, die nicht voraussehen war bei der Schaffung der Versicherung und die nun außerordentliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung macht. Ursprünglich rechnete man bei Beginn der Versicherung mit einem Bestand von 500 000 bis 1 000 000 Arbeitslosen, deren Unterstützung durch Beiträge und Zuschüsse des Reiches sichergestellt war. Mit der fortschreitenden Entwicklung der Arbeitslosigkeit mußten aber die Beiträge erhöht werden und auch die Staatszuschüsse, bis eine Herabsetzung der Leistungen eintrat. Durch die ungeheure Inanspruchnahme der Versicherung entwickelte sich eine Dreiteilung derselben — Arbeitslosen-, Kranks- und Wohlfahrtsunterstützung — die ebenso von den Arbeitslosen wie Staat und Gemeinden unangenehm empfunden wird. Diese Dreiteilung senkt die Leistungen in einer Art und Form, daß am letzten Ende der Versicherte oftmals nichts erhält und die Versicherung zur Farce wird. Staat und Gemeinden klagen ebenfalls darüber, weil die Wohlfahrtsempfänger immer an Zahl größer und damit die Ausgaben fast unerschwinglich werden. Auch hier soll eine Reform einsehen und zwar will man der Arbeitslosenunterstützung den Versicherungscharakter nehmen. Es soll wieder eine Fürsorge geschaffen werden, wie sie schon einmal bestand, mit Nachprüfung der Bedürftigkeit und keinen festen Sätzen. Man will durch diese gemeindlichen Prüfungen erreichen, daß die verwandlichen Beziehungen der Arbeitslosen untereinander vielfach den Wegfall der Unterstützung berechtigen, ebenso sollen Spargelder leichter ergriffen werden. Der Hauptzweck ist aber, die Gemeinden zu entlasten, da die Fürsorge restlos das Reich tragen soll.

Wir sind nun von der Dreiteilung der Unterstützung durchaus nicht begeistert, aber wir können uns auch nicht für die geplante Fürsorge erwärmen. Wenn auch anerkannt werden muß, daß die jetzige Arbeitslosenversicherung viel Mängel aufweist, so hat sie doch den Rechtscharakter, einen großen Vorteil, den wir nicht wieder aufgeben möchten. Die Gewerkschaften haben jahrzehntelang darum gekämpft, daß von Reichs wegen die Arbeitslosenversicherung eingeführt wird, weil nur dadurch der Arbeitslose einen Rechtsanspruch auf die Unterstützung erhält. Wir können jetzt nicht diesen Standpunkt aufgeben, weil es der Versicherung wider Erwarten schlecht geht, und weil es die Unternehmer so wünschen. Wir können hier auch keine Rücksicht auf kommunale und staatliche Wünsche nehmen, denn es steht für die Arbeiterschaft zu viel auf dem Spiel. Aber einer praktischen und zweckmäßigen Umorganisation, die wirkliche Ersparnisse bringt ohne die Leistungen noch mehr zu drücken, einem Abbau von Ueberorganisation und Schaffung einer einfachen Verwaltung, können auch wir uns nicht verschließen. Die Regierung wird einen Weg finden müssen, der die Dreiteilung der Unterstützung aufhebt, die Gemeinden entlastet und trotzdem den jetzigen Charakter der Unterstützung wahrt. Einer solchen Reform könnten auch wir unsere Mitarbeit nicht versagen, denn wir haben ein sehr großes Interesse an einer gesunden und leistungsfähigen Sozialversicherung.

## Löhne und Beschäftigung im Jahre 1931.

Die Lohnstatistik liegt jetzt für das ganze Jahr 1931 vor. Kein Monat verging, ohne daß sich nicht das Lohnneinkommen der Industriearbeiterschaft verringerte.

Kein Monat verging, ohne daß sich nicht die Lebenshaltung der Arbeiterschaft verschlechterte.

### Löhne.

Das durchschnittliche Lohnneinkommen der Industriearbeiterschaft war im Dezember 1931 um rund 22 Prozent niedriger als im Januar 1931. Das durchschnittliche Wocheneinkommen der Industriearbeiterschaft sank von 32,90 Mark im Januar auf 25,85 Mark im Dezember, oder um über 7 Mark pro Woche.

In jeder einzelnen Industrie ist das Lohnneinkommen gesunken — ausnahmslos. Die stärkste Senkung hat das Einkommen der Bauarbeiter erfahren. Es ist im Dezember kaum mehr als halb so hoch wie vor einem Jahre. Am zweitstärksten sank der durchschnittliche Wochenlohn der Metallarbeiter, der um rund ein Drittel zurückging. Das Wochenlohnneinkommen der Chemiearbeiter ist im Dezember um rund 8 Mark geringer als im Januar, das der Buchdrucker um rund 8,50 Mark, und das der Süß-, Bad- und Feigwarenarbeiter ist um über 5 Mark gesunken. Das durchschnittliche Wocheneinkommen der Textilarbeiter beträgt nur noch 18,15 Mark.

Das durchschnittliche Wocheneinkommen der Industriearbeiterschaft macht heute nur noch 60 Prozent des Vorkriegs-Einkommens aus. Nehmen wir mit dem Institut für Konjunkturforschung an, daß das durchschnittliche Wocheneinkommen im Jahre 1929 rund 45 Milliarden Mark betrug, so ergibt sich ein Jahreseinkommensverlust von rund 18 Milliarden Mark.

Berechnet auf Grund des amtlichen Index der Lebenshaltungskosten (der insofern völlig ungenügend ist, als sich aus ihm eine nicht unbedeutliche Senkung der Lebenshaltungskosten für den Arbeiter ergibt, während tatsächlich die Preise der Waren, von denen die Arbeiter mit ihrem gesunkenen Einkommen heute leben müssen, wie Brot, Kartoffeln, billige Gemüse usw., im Dezember 1931 genau soviel kosteten wie im Dezember 1930) ergibt sich eine Senkung der Reallohnneinkommen von Januar bis Dezember von rund 16 Prozent. Selbst nach der amtlichen Lebenshaltungskostenstatistik ergibt sich also eine Senkung der Lebenshaltungskosten innerhalb von einem Jahr um rund ein Sechstel. Vergleichen wir nun die amtlichen Lebenshaltungskosten mit dem tatsächlichen Lohnneinkommen, so ergibt sich, daß die amtlichen Lebenshaltungskosten im Dezember 42,05 Mark kosteten, das durchschnittliche Lohnneinkommen aber nur 25,85 Mark betrug. Um die Höhe der amtlichen Lebenshaltungskosten zu erreichen, müßte das Lohnneinkommen also um rund 63 Prozent erhöht werden.

Der Hauptanteil des Lohnes wurde durch die ungenügende Arbeitslosigkeit geraubt. Weiter verminderten Kurzarbeit, Tanti- und Akkordlohnentzug, steigende Versicherungsbeiträge bei sinkenden Versicherungsleistungen und stark erhöhte Steuern das Lohnneinkommen.

Wenn wir jedoch bedenken, daß allein durch die Notverordnung vom 8. Dezember eine Tariflohnentzug im Januar 1932 eintritt, die größer ist als der Durchschnitt der gesamten Tariflohnentzug im Jahre 1931, wenn wir weiter bedenken, daß die Arbeitslosigkeit zu Beginn des Jahres 1932 weit stärker gestiegen ist als in den vorhergehenden Monaten, und daß auch die Kurzarbeit bedeutend zugenommen hat, so erkennen wir sofort, daß alle hier für Dezember und das Jahr 1931 gegebenen Lohnzahlen völlig veraltet sind, daß das hier geschilderte Elend der Lage der Arbeiterschaft schon fast zur „guten alten Zeit“ geworden ist, und daß heute, Ende Januar, die Lage der Arbeiter weit, weit elender ist, als selbst zu Ende des vorangegangenen Jahres.

### Beschäftigung.

Die Anzahl der Betriebsarbeiter war zu Ende des Jahres 1931 weit geringer als zu Beginn des Jahres. Der Sommer brachte nur eine geringe Senkung der Arbeitslosigkeit, und zu Ende des Jahres war die Anzahl der Erwerbslosen größer denn je in der Geschichte des Kapitalismus. Gleichzeitig mit der Zahl stieg auch das Elend der Arbeitslosen, denn die Unterstützungen, die sie erhielten, sanken immer tiefer; einmal dadurch, daß die Unterstützungen für die Arbeitslosen einer bestimmten Kategorie (z. B. Arbeitslosenversicherungsunterstützungen) gekürzt wurden, teils auch deswegen, weil immer mehr Arbeiter aus der Unterstützungskategorie, die die höheren Sätze zahlte, ausgeliebert wurden. Während z. B. noch im Januar 1931 über die Hälfte aller Erwerbslosen ihre Unterstützung aus der Versicherung erhielten, waren es zu Ende des Jahres nur noch 29 Prozent, also nicht viel mehr als die Hälfte.

Besonders stark stieg die Arbeitslosigkeit unter den Angehörigen. Im Durchschnitt waren zweieinviertelmal soviel Angehörige im Dezember 1931 arbeitslos wie im Januar 1930. Am höchsten war die Arbeitslosigkeit unter den technischen Angehörigen; es folgten dann die kaufmännischen und schließlich die Büroangestellten. Aber auch bei den Büroangestellten, die noch am besten dran waren, hat sich die Arbeitslosigkeit seit Januar 1930 rund verdoppelt.

Das Jahr 1931 brachte eine juristische Verleumdung für die Arbeiter- und Angestelltenenschaft. Im Jahre 1932 aber legt sich die Verleumdung, wie schon die ersten Januarzahlen zeigen, in beschleunigtem Tempo fort.

## Die Ernährung im Januar 1932.

Die Ernährungslosten für eine Familie, bestehend aus den Eltern und zwei Kindern, deren Einkommen im Monat zwischen 80 und 100 Mark liegt, betragen im Januar 1932 etwa 10,75 Mark pro Woche. Damit kann die Familie sich jedoch nur physisch erhalten; das Essen selbst ist erschreckend anspruchslos.

Verglichen mit dem Januar 1931 sind die wöchentlichen Ernährungslosten um etwa 0,75 Mark pro Woche gesunken. Das sind nur etwa 6 1/2 Prozent.

Während unser Index eine Senkung der Ernährungslosten um etwa 6 1/2 Prozent anzeigt, zeigt der amtliche Index der Ernährungslosten (für Berlin) eine Senkung um über 14 Prozent an. Der Unterschied liegt darin begründet, daß der amtliche Index Waren einschließt, die die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten sich heute nicht mehr leisten kann, und daß gerade diese Waren sehr viel mehr im Preis gesunken sind, als die allernotwendigsten Lebensmittel, von denen die meisten Arbeiter heute leben müssen.

Gegenüber dem Dezember ist die Mehrzahl der Waren ein wenig billiger geworden. Unverändert ist der Preis von Zucker und Roggenmehl, während der Preis für Kartoffeln und Gemüse gestiegen ist. Die Preisentwertung gegenüber dem Dezember 1931 beträgt 5,8 Prozent. Sie ist vor allem durch die Brotpreisentwertung verursacht.

### Ernährungslosten 1931 und Januar 1932.

Zeitpunkt	pro Tag		pro Woche	
	RM	RM	RM	RM
Ende Januar 1931	1,64		11,47	
Ende Februar 1931	1,63		11,40	
Ende März 1931	1,63		11,38 *)	
Ende April 1931	1,71		11,95	
Ende Mai 1931	1,73		12,11	
Ende Juni 1931	1,89		13,25	
Ende Juli 1931	1,86		13,00	
Ende August 1931	1,68		11,73	
Ende September 1931	1,64		11,47	
Ende Oktober 1931	1,65		11,54	
Ende November 1931	1,65		11,56	
Ende Dezember 1931	1,63		11,39	
Ende Januar 1932	1,53		10,73	

\*) Verschiedene Wochenbeträge bei gleichen Tageskosten erklären sich durch Abrundungen auf volle Pfennige bei den Tageskosten.

Die unserer Berechnung zugrunde gelegte Tagesration umfaßt 1700 g Roggenbrot, 140 g Roggenmehl, 400 g Nahrungsmittel, 2500 g Kartoffeln, 500 g Gemüse, 50 g Speck, 80 g Margarine, 80 g Schweinefleisch, 125 g Zucker, 1/4 l Vollmilch, 75 g Speisefalz.

Die Preise wurden der amtlichen Berliner Statistik entnommen: sie beziehen sich auf den letzten Stichtag der betreffenden Monate. Für Gemüse wählten wir jeweils die zwei billigsten Sorten, für Nahrungsmittel jeweils die billigsten Hülsenfrüchte und die billigsten sonstigen Nahrungsmittel.

## Ernte Sorgen um den Nachwuchs.

Nur wenige Wochen trennen uns von dem Zeitpunkt, wo Tausende junger Menschen aus der Schule entlassen und von diesem Zeitpunkt ab den schweren Kampf um das Dasein aufnehmen müssen. Das war immer ein bedeutsamer Abschnitt im Leben des Menschen, galt es doch die richtige Wahl für den zu ergreifenden Beruf zu treffen, o, wie unendlich viele Fehlgreife sind dieserhalb getan worden und so manches junge Menschenkind hat bereits an diesem Lebensabschnitt für das ganze Leben Schiffbruch gelitten. Die Arbeitnehmerorganisationen haben diese Gefahr frühzeitig erkannt und haben ständig dieserhalb Vorkehrungsmaßnahmen getroffen, um den in das Leben tretenden jungen Menschen durch ernste Berufsberatungen den Weg für das Leben zu ebnet. Diese Beratungen sind vielfach verkannt, von den Eltern und Vormündern nicht richtig gewürdigt, so daß demgemäß Fehlschlüsse unausbleiblich waren, dessen ungeachtet ist so mancher dieser jungen Menschen auf den richtigen Weg verwiesen.

Diese langandauernde Wirtschaftskrise ist besonders dazu geeignet, auf dem Arbeitsfeld der Jugend Verwüstungen anzurichten, sie hat in erster Linie alle Berechnungen, die dieserhalb vorgenommen, über den Haufen geworfen. In Gewerkschaftskreisen hat man die ungewöhnlich hohen Lehrlingsziffern in allen Berufen mit ernster Sorge betrachtet, und erblickte gewissermaßen in dem Ausfall der Knabengeburt eine diesbezügliche Erleichterung. Im Jahre 1917 während des Krieges erreichte der Ausfall von Knabengeburt seinen tiefsten Stand. In diesem Jahre hatten wir 471.300 gegen 943.700 vom Jahre 1913 zu verzeichnen. Ein starker Aufstieg auf 807.700 setzte im Jahre 1920 ein, während in den folgenden Jahren sich ein allmählicher Rückgang bis auf 656.300 im Jahre 1924 bemerkbar machte. Infolge dieser Geburtenziffern wurden von den an der Lehrlingsbeschäftigung interessierten Kreisen, besonders im Handwerk, ein Mangel an Lehrlingen befürchtet, der im Jahre 1927 einsetzte und im Jahre 1931 seinen tiefsten Stand erreicht haben sollte, um in den nächsten Jahren wieder eine Aufwärtsbewegung zu erreichen. Der Geburtenausfall ist offenbar von den interessierten Kreisen, wie auch von den Gewerkschaften stark überschätzt worden, auf jeden Fall hat diese Wirtschaftskrise alle Berechnungen über den Haufen geworfen. Wir stehen leider vor der

Tatsache, daß weder für den Ausgebildeten, wie für die Schulentlassenen Beschäftigung vorhanden ist. Das ist eine außerordentlich große Gefahr und sollten alle verantwortlichen Stellen an diesem Problem nicht achtlos vorbeigehen. Man stelle sich vor, was das bedeutet, wenn Tausende dieser jungen Menschen, die in ihrem jugendlichen Stürmungszwang aus der Schule entlassen werden und nun vor einem Nichts stehen, die nicht wissen, wo sie ihre jugendlichen Kräfte anwenden können. Das ist ein unermeßlicher Schaden sowohl für die Jugend wie für die Gesellschaft und ist direkt eine politische Gefahr. Wir sehen es täglich, wie links- und rechtsradikale Elemente in erster Linie die Jugendlichen vor ihren Wagen spannen und eine geistige Brunnenergiftung vollziehen, die sich früher oder später an dem Staatswesen mit seinen unheilvollen Folgen bemerkbar machen muß. Die politische Verrohung hat heute schon einen Umfang angenommen, der außerordentlich gefährlich ist, auch die Zahl der jugendlichen Verbrechen wächst bedrückend. Dem deutschen Volke, vor allem der Regierung und den Behörden erwächst aus der, der Gesamtheit drohenden Gefahr die Pflicht, alles daranzusetzen, um die Jugend von der Straße fernzuhalten. Derselben muß Gelegenheit geboten werden, ihre Zeit zu nützen, sich geistig und körperlich zu betätigen und zu vervollkommen. Die politische Verrohung der Studenten sollte bereits ein deutliches Warnungszeichen für Staat und Gesellschaft sein. Diese Leute sind sich meist noch nicht selbst überlassen, wenn jedoch in diesen Kreisen solche Exzesse vorkommen, dann darf man von den sich Selbstüberlassenen weniger Zurückhaltung erwarten. Die Gefahr ist größer, als sie vielfach angenommen wird, deshalb müssen alle Mittel zur Anwendung kommen, die geeignet sind, diese Gefahr zu beseitigen.

Wir als Gewerkschaften sind in dieser Frage nie untätig gewesen, wir werden auch nach wie vor die Jugendlichen, soweit sie sich den Jugendgruppen angeschlossen haben, betreuen und werden unser Augenmerk ständig darauf richten, die Jugend den Gruppen zuzuführen, wir werden nach wie vor Eltern und Kinder stets bei der Berufsberatung zur Seite stehen. Wir sind uns jedoch bewußt, daß diese Arbeit stark begrenzt ist, um wahrhafte Aufbaubarbeit zu betreiben, müssen alle Kräfte eingespannt werden, das ist wahrhaft

Dienst am Volke.

## Reichsausstellung des Gewerkschaftsringes Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Die alljährliche Reichsausstellung des Gewerkschaftsringes fand am Montag, dem 8. Februar in Berlin in den Räumen des Reichswirtschaftsrates statt. Der Geschäftsbericht des Generalsekretärs Kollegen Lemmer führte die ganze mühselige Arbeit des Jahres 1931 mit all ihren vielen bitteren Enttäuschungen uns nochmals vor Augen. Wir dürfen uns nicht darüber hinweg täuschen, daß es ein Jahr der Mißerfolge war. Trotzdem wird die spätere Geschichtsschreibung die Ergebnisse anders werten, als wir dies heute vermögen. Die ideale Stellung der Gewerkschaften ist unerschütterlich. Gewiß haben wir schwere Rückschläge in der Lohnfrage zu verzeichnen, auch einen sehr erheblichen Leistungsabbau in der Sozialpolitik, aber wir können doch mit Stolz sagen, daß wir die Grundlage gehalten haben. Darum haben wir auch kein Recht den Kopf hängen zu lassen. Redner ging dann ein auf die Artikel bezüglich der Einigungsfrage, welche zwischen den Organen der Metallarbeiter gewechselt wurden. Die Haltung der Christlichen in dieser Frage konnte man nicht als fair bezeichnen. Diese Haltung war umso befremdlicher, als sie in einem Mängelbild zutage trat, wo sämtliche Spitzenorganisationen einschl. des Beamtenbundes die Notwendigkeit geschlossenen Handelns ganz besonders betonten. Wir können mit Stolz von uns sagen, daß von uns aus der Anstoß zur Gemeinschaftsarbeit gegeben wurde, und daß es ihr zu verdanken ist, daß die Pläne der Reaktion, die weit über die 4. Notverordnung hinausgingen, abgeschlagen werden konnten. Die 4. Notverordnung wirkte sich äußerst hart aus, da der Preisabbau nicht in dem Maße erfolgt sei, wie ihn die Reichsregierung versprochen habe. Daher müssen wir die Regierung von neuem an ihre Verpflichtungen erinnern. Wir dürfen in Anbetracht der Verhältnisse nicht anstehen, auch zu rein politischen Fragen Stellung zu nehmen. Es sei ein Zeichen innerer Stärke des Gewerkschaftsringes, daß er von inneren Krisen verschont blieb (NSD., Nazizellen). Redner besprach dann die Schulungsarbeit in Münster a. Stein und im Lande, die wertvolle Erfolge gezeitigt habe. Ein besonderes Lob verdiene der Sozialpolitische Ausschuß, der zu allen Fragen der politischen Gesetzgebung, Arbeitsgerichtsbarkeit, Tarifrecht, Doppelverdienwesen, Arbeitsgerichtsbarkeit, Bürgersteuer usw. rechtzeitig und vielfach auch mit eigenen Gesetzentwürfen Stellung genommen habe. Das Geschrei im Unternehmerlager gegen die sozialen Lasten sei unberechtigt, ohne sie wären schon mehr Fenster scheiben eingeschlagen worden. Redner behandelte dann noch die Reparationsfrage und wies auf die vom Gewerkschaftsring herausgegebene Broschüre hin. Trotz der ungemein schwierigen Situation dürfen wir unter keinen Umständen die Hoffnungen aufgeben. Habe uns das Jahr 1931 nicht erdrückt, dann wird dies dem Jahre 1932 auch nicht gelingen.

Die Aussprache war eine ungemein rege. Der Tätigkeit des Vorstandes wurde uneingeschränkter Beifall

gehofft, und so manche neue Anregung gegeben. Auch die Frage der Eisenfront wurde in der Debatte eingehend behandelt. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß der Gewerkschaftsring als solcher und auch seine einzelnen Glieder sich an ihm nicht offiziell beteiligen können, da er eine einseitige politische Angelegenheit der Sozialdemokratie sei, daß aber darüber hinaus die geeinte gewerkschaftliche Front, einschl. der Beamtenorganisationen, als Wächter gegen die Hatzburger Reaktion auf dem Posten stehe. Die deutschen Gewerkschaften und mit ihnen der Gewerkschaftsring stehen auf dem Boden der Republik und werden auch mit allen Kräften an ihrer Erhaltung mitwirken. Als Ausdruck des gemeinsamen Willens wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die 13. Reichsausschusstagung des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände am 8. Februar 1932 in Berlin nahm zu wichtigsten aktuellen sozial- und wirtschaftspolitischen Problemen Stellung.“

#### Preis und Lohn.

Die Bemühungen des Reichskommissars für Preisüberwachung, ein dem Einkommensstand angepasstes Preisniveau und ein klares Preisbild zu schaffen, werden anerkannt. Der durch die Notverordnung erzwungene Gehalts- und Lohnabbau ist aber bis zur Stunde nicht durch einen entsprechenden Preisabbau ausgeglichen. Der bisher erzielte Preisabschlag ist außerdem noch beträchtlich entwertet worden durch weitgehende Herabminderungen von Qualität und Menge. Ein solcher „unechter“ Preisabbau durch vom Reichskommissar für Preisüberwachung energisch bekämpft werden muß, ist eine große Täuschung des Konsumenten. Er stellt eine Sentung des Lebensstandards der arbeitnehmenden Schichten „auf kaltem Wege“ dar.

Bei diesem Mißverhältnis von Preis und Lohn ist die jegliche Gestaltung der Bürgersteuer untragbar. Für Kurzarbeiter und alle Arbeitnehmer, deren Jahresarbeitsverdienst die einkommensfreie Grenze unterschreitet, muß unverzüglich eine beträchtliche Ermäßigung der Bürgersteuer eintreten, gemäß den Vorschlägen des Gewerkschaftsringes und der ihm vom Reichsfinanzministerium gegebenen Zusage.

Die Regierung hat die Pflicht, ihr mit der Notverordnung gegebenes Versprechen, Gehälter und Löhne in ihrem realen Werte nicht zu schwächen, unverzüglich einzulösen. Gegen die passive Resistenz bestimmter Unternehmerkreise der Wirtschaft erhebt der Gewerkschaftsring die Forderung: Anpassung der Löhne und Gehälter an die tatsächliche Preisgestaltung!

#### Vereinheitlichung der Arbeitslosenfrage.

Unter unbedingter Sicherung des bisherigen Rechtsanspruchs ist die einheitliche Versorgung der jetzt von Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege erfassten Arbeitslosen anzustreben. Eine solche organisatorische Umstellung, die gegen alle Widerstände durchzuführen ist, bietet die Möglichkeit, Verwaltungskosten zu ersparen, die zur Aufrechterhaltung der dringend notwendigen Leistungen beiträgt.

Die von den Unternehmern geforderte „Sozialentlastung der Wirtschaft“ muß schriftlich abgelehnt werden. Je schwerer und länger die Wirtschaftskrise auf den Arbeitnehmern lastet, um so notwendiger sind ausreichende Sozialleistungen, die, wie Vergangenheit und Gegenwart lehren, eine unentbehrliche Voraussetzung für die Erhaltung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Friedens sind.

#### Wirtschaftsbelebung durch aktive Wirtschaftspolitik.

Jede „Ankurbelung“ der Wirtschaft durch inflationistische Mittel muß mit allen Kräften verhindert werden.

Die Schwierigkeiten der Lösung der Reparationsfrage zwingen aber dazu, mit wirtschaftlichen Maßnahmen den durch die überspannte Deflationpolitik erreichten „toten Punkt“ zu überwinden. Die Regierung muß prüfen, ob und inwieweit durch kreditpolitische Aktionen, durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, durch Sentung der Diskontsätze usw. ein Anstoß zur Neubelebung der Wirtschaft erzielt werden kann. Vor einer hemmungslosen Fortsetzung der bisherigen Drosselungspolitik der Regierung warnt der Gewerkschaftsring, weil von ihr eine Verschärfung der Wirtschafts- und Arbeitslosigkeitsskizze mit ihren bereits das höchste Maß für Staat und Wirtschaft erreichten Gefahren ausgehen muß.“

In der Nachmittagsagung hielt Herr Ministerialdirigent Dr. Wölz einen Vortrag über „Probleme des Siedlungs- und Wohnungswezens.“ Leider müssen wir uns mit Rücksicht auf den beschränkten Raum heute besagen, dieses Referat näher wiederzugeben. Aber es ist wirklich wert, ganz besonders und in eingehender Weise behandelt zu werden. Der Herr Referent verstand es, in recht ausführlicher und anschaulicher Weise die Fragen des Wohnungsbaues, der Land- und Rand siedlung seinen Zuhörern vorzuführen und sie mit dem ganzen Problem dieser Materie aufs engste vertraut zu machen. Wir hoffen später noch einmal auf diesen Vortrag zurückkommen zu können. Auch hier folgte eine äußerst lebhafteste Aussprache, die ihren Niederschlag in folgender Entschliessung fand:

„Die 18. Reichsausschusstagung des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände am 8. Februar 1932 in Berlin nahm zu den Problemen des Siedlungs- und Wohnungswezens Stellung.“

In der Rand siedlung steht der Gewerkschaftsring eine Maßnahme, um durch ihre Ausführung zu einer festlichen und materiellen Milderung der Arbeitslosennot zu gelangen. Er begrüßt, daß dabei der freiwillige Arbeitsdienst wirtschaftlich wertvolle Anwendung findet.

Wenn der Gewerkschaftsring anerkennt, daß vorläufig in den Zeiten der heutigen Wirtschaftskrise die Notwendigkeit des Wohnungsbaues hinter der Forderung nach Neu- und Umsiedlung zurücktreten muß, so wird die Anforderung nach neuen Kleinwohnungen zweifellos wieder aufleben, sobald die Wirtschaftsverhältnisse sich wieder bessern. Deshalb wird die öffentliche Hand, Staat und Gemeinden, auch künftig sich der Unterstützung der Wohnungsversorgung für die breiten wirtschaftlich schwächeren Volksschichten nicht versagen dürfen und die Erhaltung eines sozialen Wohnrechts sicherstellen müssen.

Angeichts der Tatsache der für eine weitere erhebliche Zeit zu erwartenden Fortdauer mindestens ungeklärter wenn nicht schlechter Wirtschaftsverhältnisse, muß die Land siedlung den Zugang weiterer arbeitsloser Schichten nach der Stadt durch Festhaltung in ländlichen Eigenbetrieben abhalten und die Entvölkerung des Ostens verhindern.

Die Pläne des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsfinanzministeriums auf diesem Gebiet werden vom Reichsausschuß des Gewerkschaftsringes lebhaft begrüßt, er erwartet ihre beschleunigte frei von bürokratischen Hemmungen, zielbewusste Durchführung, um diese bedeutsame Lebensfrage des deutschen Volkes zu einer befriedigenden Lösung zu bringen.

### Der Rüstungswahnsinn.

Am 2. Februar hat die erste allgemeine Abrüstungskonferenz in Genf ihren Anfang genommen. Die Blicke der breiten Öffentlichkeit werden durch die blutigen Vorgänge im fernsten Osten von der bedeutsamen Tagung in Genf etwas abgelenkt. Die gesamten Arbeitnehmer haben jedoch ein besonderes Interesse daran, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß dem Völkermorden endlich Einhalt geboten wird. Dies kann jedoch nur durch eine vollständige Abrüstung aller Länder geschehen.

Die organisierten Arbeitnehmer, die Friedensfreunde aller Länder wissen genau, daß wir von diesem Ziele noch weit entfernt sind und man ist sich dessen bewußt, daß es eines zähen langandauernden Kampfes bedarf, um nur eine gewisse Gewähr für einen Frieden zu erreichen. Diese Tatsache darf uns keineswegs entmutigen, im Gegenteil, das muß ein weiterer Ansporn für alle Friedensfreunde sein, immer wieder die Massen nach zu rufen, ihnen das Elend und die Greuel eines Krieges in Erinnerung zu rufen. Das erscheint um so notwendiger, indem es heute noch Millionen von Menschen gibt, die die Greuel des Krieges aus eigener Anschauung miterlebt haben. Dies Bild verblaßt jedoch mit den Jahren und das Rüstungskapital ist bereits fleißig dabei, eifrige Propaganda dafür zu machen, daß das Elend und die große Arbeitslosigkeit nur darauf zurückzuführen ist, indem wir zu wenig Soldaten haben. Hierin liegt eine außerordentlich große Gefahr. In dem Elend und der großen Not des Volkes findet solche Propaganda leider einen nur zu guten Nährboden, umso mehr ist ständige Aufklärung notwendig.

Die Abrüstungskonferenz erfordert die Aufmerksamkeit der gesamten organisierten Arbeitnehmer, da es sich hier zeigen muß, ob die Regierungen der einzelnen Länder, in erster Linie Frankreich, ernstlich gewillt sind, dem Rüstungswahnsinn Einhalt zu gebieten. Nach allen bisherigen Vorgängen muß hieran stark gezwiebelt werden. In Versuchen, die geplante Konferenz zu vereiteln oder den Termin für die Abhaltung möglichst weit hinauszuschieben hat es wahrlich nicht gekehrt. Man war mit den entsprechenden Gründen bei der Hand. Einmal falle der vorgesehene Zeitpunkt in eine besonders ungünstige Zeit, auch ständen wichtige Reparationsverhandlungen bevor. Als besonders wichtiger Grund für die Verschiebung der Konferenz wurde der Konflikt in der Mandatskurie angeführt. Man hat jedoch nicht gewagt, eine Vertagung offen zu beantragen, so daß man sich mit oder gegen den Willen der beteiligten Mächte mit dem Problem der Abrüstung beschäftigen muß.

Die größte Aufmerksamkeit ist auf das Verhalten Frankreichs gerichtet. Frankreich starrt in Waffen, es hat eine Friedensstärke von 621 000 Mann, eine Kriegsstärke von 4,5 Millionen, 2800 Flugzeuge, 6300 Geschütze, 3500 Tanks. Außerdem ist fast die ganze französische Grenze mit starken Forts besetzt. Demgegenüber hat Deutschland keine Grenzbefestigungen, keine Tanks und Flugzeuge, nur 288 Geschütze und 100 000 Mann.

Die Aufgabe der Abrüstungskonferenz ist nach dem Wortlaut des Artikels 8 der Völkerbundscharte, auf Grund dessen die Konferenz einberufen worden ist, die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen oder, vom Standpunkt der bereits abgerüsteten Staaten aus formuliert, der Rüstungsausgleich durch die Abrüstung der hochgerüsteten Staaten nach Maßstab und Methoden der deutschen Abrüstung. Hiergegen wird Frankreich in erster Linie den heftigsten Widerstand leisten und wird Auswege suchen, um in irgend einer Form um die ganze Sache vorbeizukommen. Frankreich wird zweifellos versuchen, ähnlich wie das vom Beginn der Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes an gleich seit dessen Gründung geschehen ist, auch auf dieser Abrüstungskonferenz das Abrüstungsproblem mit andern politischen Problemen zu verdrängen. Das französische Memorandum vom 15.

Juli 1931 hat dies mit aller Deutlichkeit angekündigt. Frankreich beabsichtigt offenbar, die Abrüstungskonferenz zu einer Sicherheitskonferenz zu machen. Diese Bestrebung sacht Frankreich unter dem Schlagwort der Sicherung bzw. der Organisation des Friedens zusammen. Es versteht darunter einen internationalen Garantie- und Schiedsvertrag für die Sicherung der heutigen Besitz- und Machtlage Europas und die Ergänzung dieses Vertrages durch den Ausbau eines Völkerbundsanktionsystems, das die ganze Welt zur Hilfe gegen einen eventuellen „Angreifer“ verpflichten soll, d. h. gegen jeden Staat, der versuchen sollte, den heutigen Besitzstand gewaltsam anzutasten. Es liegt auf der Hand, daß diese Art der „Organisation des Friedens“ nicht dem Frieden an sich, sondern in erster Linie dem Versäufeln von Verträgen und den anderen Pariser Vorortverträgen gilt, d. h. ein Instrument einseitig zum Nutzen der Gewinner des Weltkrieges sein würden. Der Friedenszustand, der damit geschaffen werden soll, würde der wesentlichsten Friedensgrundlage, der Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit entbehren.

Demgegenüber gibt es eine andere gerechtere Auffassung von der Organisation und Sicherung des Friedens. Sie ist von der deutschen Regierung stets in Genf vertreten worden und lautet dahin, daß ein gesicherter Friede, d. h. ein Zustand, der kriegerische Verwicklungen ausschaltet, nur dann möglich ist, wenn eine internationale Rechtsordnung aufgebaut wird, die geeignet ist, im Entstehen begriffene Konflikte des Völkerebens zu beseitigen. Denn aus den Konflikten des Völkerebens entstehen die Kriege, und wer, wie Frankreich das tut, durch ein militärisches Sanktionsystem den Krieg gegen den Krieg zu organisieren versucht, will das Uebel am Symptom anstatt an der Wurzel kurieren. Er reguliert nicht das Feuer unter dem Kessel, um eine Explosion zu verhüten, sondern will den Deckel des Kessels festschrauben.

Der französische Sozialistenführer Leon Blum hat in einer bemerkenswerten Schrift: „Ohne Abrüstung kein Friede“ die Pläne der französischen Regierung zerpflegt. Zunächst wird die deutsche „Revanche“ als das kennzeichnende, was sie ist, ein weber durch die Machtfrage Deutschlands noch durch seine politischen Ziele begründetes Schreckbild, unbegründet nicht zuletzt, weil Frankreich über alle nur denkbaren Garantien und Sicherungen gegen mögliche deutsche Revanchepläne verfügt. Er weist die in dem offiziellen Abrüstungs Memorandum der französischen Regierung ja wieder ausführlich dargelegte Wehauptung zurück, Frankreich habe durch seine nach dem Kriege vollzogene Umrüstung schon abgerüstet. Blums Untersuchung über das Verhältnis von Abrüstung und Sicherheit, Sicherheit und Schiedsgerichtsbarkeit sind das bedeutendste des ganzen Buches. Frankreich hat bekanntlich die Trilogie Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit, Abrüstung aufgestellt und sie geradezu zu einer heiligen Dreieinigkeit erklärt. Erst Sicherheit, dann Abrüstung, heißt die Parole, d. h. Frankreich verlangt immer neue völkerrechtliche Garantien für das, was es seine Sicherheit nennt und worunter es in Wirklichkeit die starre Erhaltung der durch die Friedensverträge geschaffenen Besitz- und Machtlage in Europa, d. h. seine politische Hegemonie versteht. Blum deutet dieses Spiel mit dem Wort Sicherheit auf. Er betont zunächst, daß jede militärische Auslegung des Wortes Sicherheit im Widerspruch stehe mit dem Gedanken der Abrüstung, schon deswegen, weil sie notwendigerweise Aufrüstungsforderungen Deutschlands zur Folge haben müsse. Blum bemerkt weiter, daß die andere Auslegung des Sicherheitsbegriffs, nämlich die diplomatische, d. h. die immer wiederholte Forderung nach völkerrechtlichen Sicherheitsgarantien eine Kette ohne Ende sei. Europa müßte bis in alle Ewigkeit bewaffnet bleiben, wenn die „Sicherheit“ der Abrüstung vorausgehen müßte. Die wirkliche Sicherheit besteht nach Blum vielmehr in der Beseitigung jeder materiellen Kriegsmöglichkeit und Aushebung jeder Kriegsfurcht und deshalb heißt seine Formel „Sicherheit durch Schiedsgericht und Abrüstung“. Erst in einem entwaffneten Europa wird es wirkliche Sicherheit geben. Das ist zufällig auch die deutsche Formel vom Verhältnis zwischen Sicherheit und Abrüstung, die einzige, die einen ehrlichen Sinn hat.

Gleichberechtigung und gleiche Sicherheit für Deutschland wieder zu gewinnen ist und muß das Ziel der deutschen Politik auf der Abrüstungskonferenz sein.

### Deutschland — das teuerste Land Europas.

So erträulich die Tatsache auch ist, daß allenthalben die Preise heruntergehen, so wenig darf uns das darüber hinwegtäuschen, daß Deutschland auch jetzt noch das teuerste Land Europas ist. Aus der Veröffentlichung der Lebenshaltungskosten wichtiger Länder vom dritten Quartal 1931 in „Wirtschaft und Statistik“ ergibt sich, daß in Deutschland die Preise für den notwendigen Bedarf gegenüber den anderen Ländern so übersteuert sind, daß auch durch die Preisentfaltungen der letzten Wochen das deutsche Preisniveau noch nicht dem internationalen angeglichen werden konnte. Während die Indexzahl (1913 gleich 100) für die gesamte Lebenshaltung in Deutschland im Oktober 1931 auf 133 stand, betrug sie in Norwegen 125, in England 120, in Italien 117, in Frankreich 115, in Dänemark 108 und in der Tschechoslowakei 97. Der Index für Ernährung allein betrug im gleichen Monat in Deutschland 123, in Frankreich 116, in Italien 116, in der Tschechoslowakei 103, in Norwegen 102, in Dänemark 111 und in Großbritannien 97. Im No-

wander ist der Ernährungsindex in Deutschland nur um 1,1 Punkte, in Frankreich dagegen um 3 Punkte weiter gefallen.

Im Dezember 1931 stand der Lebenshaltungsinde in Deutschland auf 130,4. Wir sehen also, daß die Preise in Deutschland noch ganz radikal gesenkt werden müssen, wenn sie mit den übrigen europäischen Ländern Schritt halten wollen. Daß das möglich ist, zeigt das Beispiel Englands. Dort war noch im Juli 1930 der Lebenshaltungsinde höher als in Deutschland. Er betrug 157 gegenüber 149 in Deutschland. Bis Oktober 1931 jedoch war er auf 120 gesunken, während der Lebenshaltungsinde in Deutschland nur auf 133 gefallen war. In dem gleichen Zeitraum fiel in England der Ernährungsindex von 144 auf 97, in Deutschland dagegen von 148 nur auf 123.

## Eingabe des Gewerkschaftsringes zur Bürgersteuer.

Bei der Berechnung der Bürgersteuer 1931 für lohnsteuerpflichtige Personen dürfen vom Bürgersteuerpflichtigen Jahreseinkommen für Werbungskosten und Sonderleistungen ohne Rücksicht auf die tatsächliche Höhe 500 RM. sowie der lohnsteuerfreie Grundbetrag, der im allgemeinen 720 RM. beträgt, insgesamt also 1220 RM. abgezogen werden. Danach ermäßigt sich z. B. der Mindeststeuerfuß von 9 RM. bei Einkommen von 5700 RM. nach Abzug der 1220 RM. auf den Mindeststeuerfuß von 6 RM. Die Berücksichtigung des steuerfreien Betrages bei der Berechnung der Bürgersteuer wirkt also ermäßigend auf den Bürgersteuerbetrag. Diesen Vorteil erhalten jedoch nur diejenigen Bürgersteuerpflichtigen, deren Jahreseinkommen 4500 RM. übersteigt. Insbesondere sind die Bürgersteuerpflichtigen benachteiligt, deren Jahreseinkommen 4500 RM. nicht erreicht, weil der niedrigste Mindeststeuerfuß bei Lohnsteuerpflichtigen mit Jahreseinkommen bis 4500 RM. durchweg 6 RM. beträgt. Um auch die Bürgersteuerpflichtigen mit Jahreseinkommen von etwa 1200 bis 4500 RM. in den Genuß des steuerfreien Betrages kommen zu lassen, schlagen wir vor, bei diesen Steuerpflichtigen den ermäßigten Mindeststeuerfuß von 3 RM. in Anwendung zu bringen. Damit würden die Ungerechtigkeit und die soziale Härte, die darin bestehen, daß nur die Bürgersteuerpflichtigen mit größeren Einkommen in den Genuß des steuerfreien Betrages gelangen, während die Bürgersteuerpflichtigen mit kleineren Einkommen von diesen Vorteilen ausgeschlossen bleiben, beseitigt werden. Gleichzeitig würde die Bürgersteuer, die in der jetzigen Form weite Kreise in wirtschaftlich unhaltbarem Maße belastet, erträglich werden.

Durch Verhandlungen der Spitzenverbände und Parteivertreter ist es gelungen, Erleichterungen zu schaffen. Vom 10. Februar ab tritt eine bedeutende Erleichterung bei der Bürgersteuer der Kurzarbeiter und aller anderen niedrig entlohnten Arbeiter und Angestellten ein. Diese Arbeiter haben künftig nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu zahlen. Das ist der Inhalt der zweiten Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer 1931.

Künftig sind alle Arbeitnehmer, die keine Lohnsteuer zu zahlen brauchen, weil ihr Lohn den steuerfreien Betrag nicht erreicht, nur noch mit dem halben Satz der Bürgersteuer heranzuziehen. Bisher galt der halbe Satz nur für diejenigen, die im Jahre 1930 lohnsteuerfrei waren. Nun gilt er für alle, die jetzt wegen ihres geringfügigen Einkommens lohnsteuerfrei sind. Wer also keine Lohnsteuer zahlt, bis jetzt aber — wie in Berlin und in vielen anderen Städten — im ganzen 18 Mark oder wenn er verheiratet ist, 27 Mark Bürgersteuer abführen mußte, braucht künftig nur noch 9 Mark bzw. 13,50 Mark zu zahlen. Arbeitnehmer, die bisher nur den halben Steuerfuß zu entrichten hatten, erhalten keine weitere Ermäßigung. Sie zahlen nach wie vor den halben Satz der Bürgersteuer.

Die Verordnung ist das Ergebnis von Verhandlungen, die von den Spitzenverbänden der Gewerkschaften zu Ende geführt worden sind. Ein weiterer Gegenstand dieser Verhandlungen war die völlige Befreiung der Kurzarbeiter und aller anderen niedrig entlohnten Arbeitnehmer, die weniger verdienen, als die Richtsätze der Wohlfahrtsunterstützung in den einzelnen Gemeinden ausmachen. Solche Befreiungen sind von der sächsischen Regierung durch Verordnung vom 13. Januar 1932 den sächsischen Gemeinden nahegelegt worden. In dieser Verordnung heißt es:

„Bei Personen, die nach ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen zur Zahlung der Bürgersteuer tatsächlich außerstande sind, kann die Beitragsleistung unterbleiben, wenn sie von vornherein aussichtslos ist. Weisen Arbeitnehmer, für die eine Steuerkarte ausgestellt ist, der Gemeindebehörde im Einzelfalle nach, daß die Bürgersteuer z. B. infolge langer Arbeitslosigkeit, wegen besonders stark verkürzter Arbeit, Krankheit oder besonders hoher Kinderzahl nicht oder nicht voll beitragsfähig ist, wenn sie nicht Lohnempfänger wären, so kann der Gemeinderat die Bürgersteuer ganz oder teilweise erlassen. In diesen Fällen wird dem Geschäftsführer zweckmäßigerweise ein kurzer schriftlicher Bescheid erteilt, aus dem sich die Zeit, auf welche der Erlass auszusprechen wird, und seine Höhe — ob Voll- oder Teilerlass — ergibt. Mündigt der Arbeitnehmer den Bescheid dem Arbeitgeber aus, so hat dieser von dem Bürgersteuerabzug ... an dem Bescheid angegebenen Umfang abzusehen.“

Dem Vorgehen der sächsischen Regierung hatten sich andere Städte, wie München-Stadt, Jena, Karlsruhe usw. angegeschlossen. Sie verzichteten auf die Einziehung der Bürgersteuer, wenn das Einkommen der Kurzarbeiter die Höhe der Wohlfahrtsunterstützung nicht übersteigt. Der Reichsfinanzminister Dietrich erklärte sich in den Verhandlungen mit dieser völligen Befreiung von der Bürgersteuer unter der angegebenen Voraussetzung einverstanden. Er will mit dem Deutschen Städtebund und den anderen kommunalen Spitzenverbänden eine dahingehende Vereinbarung treffen.

Gestützt auf das Beispiel der sächsischen Regierung ist es also den Vertretern der Spitzenorganisationen gelungen, eine weitere für die Kurzarbeiter bedeutsame Zulage von dem Reichsfinanzminister zu erhalten. Das Beispiel der sächsischen Regierung ist ein wichtiger Hinweis, auf welche Weise die Gemeinden die Arbeitnehmer von der Bürgersteuer freistellen können, deren Einkommen die Wohlfahrtsätze nicht überschreitet.

Weiter verlangten die Partei- und Gewerkschaftsvertreter grundsätzlich die Wiedereinführung sämtlicher Lohnsteuererstattungen.

Die Aufhebung der Erstattungen auf dem Wege der Notverordnung hat die große Ungerechtigkeit erbracht, daß alle Selbststeuerschächer, also diejenigen, die das größere Einkommen versteuern, nach wie vor zuviel gezahlte Steuern heraus bekommen, während die Lohnsteuerzahler keine Möglichkeit dafür haben. Der Reichsfinanzminister sagte hier eine Prüfung zu, in welchem Umfange die Erleichterungen möglich sind. Hoffen wir also, daß die Ungerechtigkeit bald verschwindet.

## Beantragte Preisensenkung für Arbeiterwochenkarten.

Vielfachen Anregungen aus Mitgliedskreisen entsprechend hat der Verband der deutschen Gewerkschaften H.-D. an die Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahn eine begründete Eingabe gerichtet, in welcher um Herabsetzung der Preise für Arbeiterwochenkarten dringend gebeten wird. Die Begründung der Eingabe macht zunächst auf die infolge der Notverordnung erfolgte weitere Lohnsenkung aufmerksam, welche in der angebahnten Preisensenkung auch nicht nur annähernd einen Ausgleich gefunden hat. Die Aufrechterhaltung einer selbst kümmerlichen Existenz der Arbeiterfamilien ist deshalb gefährdet.

Unter den noch nicht gesenkten Preisen für notwendige Ausgaben rangieren auch die Arbeiterwochenkarten. Die Auffuchung der Arbeitsgelegenheit bildet die Grundlage der Wertung der Arbeitskraft. Zu diesem Zwecke bemühen viele Arbeiter die Reichsbahn. Teilweise bilden die Ausgaben für diese Arbeiterwochenkarten einen hohen Prozentsatz der notwendigen Ausgaben. An einem Beispiel aus Schlesien zeigt die Eingabe, daß ein verheirateter Arbeiter mit 3 Kindern bei 45-tägiger Wochenarbeitszeit und einem Stundenlohn von 46,3 Pfg. gleich 20,83 RM., bei einem Beitrag für Sozialversicherung von RM. 2,12 pro Woche für eine Wochenkarte (19 Km.) den Betrag von RM. 3.— gleich 14,5 Prozent seines Wochenverdienstes aufwenden muß. Eine jugendliche Arbeiterin mit 8,5 Pfg. Stunden-, bzw. 8,32 RM. Wochenverdienst bei 0,94 RM. Sozialbeiträgen muß gleichfalls RM. 3.— für die Wochenkarte, also 36 Prozent des Verdienstes zahlen. Viel höher wirken sich die Preise für Arbeiterwochenkarten bei den Kurzarbeitern infolge des geringeren Einkommens aus.

Die Eingabe unseres Verbandes ersucht um eine ausreichende und recht baldige Herabsetzung der Preise für Arbeiterwochenkarten. Nachdem eine so durchgreifende schlagartige Minderung der Löhne herbeigeführt wurde, muß auch die seitens der Regierung ferialich verprochene Preisensenkung schnellstens folgen. Die Reichsbahn wird sich hoffentlich dem an sie gerichteten Appell nicht entziehen. Dem Reichsarbeitsministerium, dem Reichsverkehrsministerium, sowie dem Reichskommissar für Preisüberwachung ist die Eingabe mit der Bitte um Unterstützung gleichfalls übermittelt worden.

## Achtung Bauparkassen.

Im Herzen vieler Menschen lebt die Sehnsucht nach dem eigenen Heim. Nicht nur dem Heim in der vierten Etage oder im Haus auf dem dritten oder vierten Hof, sondern im richtiggehenden eigenen Hause. Die Sehnsucht ist bei vielen Menschen durch die Spar- und Bauvereine gestillt worden. In einer Zeit aber, wo die Wohnungsnot noch immer trotz aller Anstrengungen eine Rolle spielt, ist es nur zu natürlich, daß sich das Geschäft der Sehnsucht bemächtigt. So wuchsen eine Reihe von Bauparkassen aus der Erde, deren einziger Zweck offenbar Stillung persönlicher Interessen war. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat in letzter Zeit einigen so aufgebauten Sparkassen den Geschäftsbetrieb untersagt. So der „Eigenschaft“ in Tharandt in Sachsen, der Spar- und Kreditgemeinschaft in Dresden, der „Hybag“ GmbH. in Dresden, der „Bavaria“ in Augsburg, der Stuttgarter Bauparkasse in Stuttgart und der „Quelle“, Bauparkasse in Stuttgart. Bei den Gesellschaften: „Deutsche Heimat“ in Berlin, „Wirtschaftsbeihilfe“ in Frankfurt a. Main, „Deutscher Baubund in Magdeburg, Nürnberger Bauparkasse in Nürnberg und „Carolus“ in Frankfurt a. M. hat das Reichsaufsichtsamt die Eröffnung des Kenntnisses beantragt. Der Vorgang zeigt, daß man bei

einer Beteiligung bei Bauparkassen und Bauvereinen sehr vorsichtig sein muß, um keinen Schaden zu erleiden. Die Lage ist sehr ernst. Unsere Mitglieder sollten sich von einem Verzicht auf alle Fälle abhalten, sondern sich informieren, ob sie nicht an eine Spar- oder Bauparkasse geraten sind. Es gibt genug vertrauenswürdige Unternehmen.

## Die neuen Postgebühren.

Im Rahmen der durch die Notverordnung eingeleiteten Senkungsaktion hat nunmehr auch die deutsche Reichspost ihren Gebührentarif einer Revision unterzogen. Man kann nicht sagen, daß diese Maßnahme befriedigend sein. Dazu wäre notwendig, daß alle Gebühren heruntergesetzt werden. Statt dessen ist man bei einer Ermäßigung für Fernbriefe und Fernpostkarten sowie der Paketgebühren stehengeblieben. Ab 15. Januar 1932 werden für die Beförderung einer Postkarte noch auswärts statt 8 nur 6 Pfennig, für die Beförderung eines Fernbriefes statt 15 nur 12 Pfennig erhoben. Dies gilt für Briefe im Gewicht bis zu 20 Gramm. Für solche von 20—250 Gramm werden in Zukunft 25 Pfennig erhoben. Die Gebühr für schwerere Briefe bleibt die alte. Weniger klar und weniger schön ist die Neuregelung der Beförderungsgebühr für Pakete. Bei Paketen im Gewicht bis zu 5 Kilo beträgt in Zukunft die Gebühr in der 1. Zone 30 Pfennig, in der 2. Zone 40 Pfennig und in der 3. Zone 60 Pfennig. Schwerere Pakete tragen einen Zuschlag von 5—40 Pfennig pro Kilo entsprechend ihrer Zone. Wenn die Sendung um 20 Pfg. pro Paket sehr kostig ist, so wird diese merkwürdige Verbilligung wieder aufgehoben durch die neue Bestimmung, daß der Empfänger eines Paketes die bereits früher einmal bestandene Zustellungsgebühr nun wieder zu tragen hat in Höhe von 15 Pfennig. Damit wird das Gute der Senkung zu 75 Prozent wieder rückgängig gemacht. Wir bitten unsere Ortsvereine, ab 15. Januar auf diese geänderten Bestimmungen des Posttarifs zu achten.

## Wichtige Anschriftenänderung.

Im Interesse unserer Leser teilen wir mit, daß unser Deutscher Versicherungs Konzern, dem die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft und die Deutsche Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft angehören, vor kurzem sein neues Verwaltungsgebäude in Berlin-Wilmersdorf 1, Hohenzollerndamm 174—177, bezogen hat. Es empfiehlt sich, diese Anschrift genau vorzunehmen.

Bei dem neuen Verwaltungsgebäude unseres deutschen Versicherungs Konzerns handelt es sich nicht um einen der heute vielfach angefeindeten unzeitgemäßen Luxusbauten, sondern um einen dringend notwendig gewordenen würdigen Zweckbau, der für die unserer Gesamtbewegung und damit auch unserm Verbande besonders nahe stehenden Gesellschaften endlich gut und ausreichend Unterkunft bietet. Der Bau beherrscht einen der wichtigsten Plätze des emporblühenden Westens der Reichshauptstadt und die von diesem Plage ausgehenden stark belebten Verkehrsstraßen. Die architektonische Gestaltung des Hauses erfolgte durch den weithin bekannten Düsseldorf-er Architekten Professor E. Fahrenkamp.

Wir benutzen diese Gelegenheit, unsern Mitgliedern erneut in Erinnerung zu bringen, daß sie sich beim Abschluß von Versicherungen (Lebens-, Sterbegeld-, Todes-, Aussteuer-, Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Unfall-, Haftpflicht-Versicherungen) nur mit unserm Deutschen Versicherungs Konzern in Verbindung setzen möchten.

## Briefkasten.

L. M. S. Die Notverordnung sieht eine Senkung der Postgebühren vor, warum denn durch Zahlung von Strafvorto die Senkung wieder aufheben, dafür müssen die Briefe richtig frankiert werden. Ein Brief bis 20 Gr. kostet 12 Pfg., über 20 Gr. bis 250 Gr. 25 Pfg., nicht 24 Pfg. B. G.

## Ortsverband Sagen (Westf.)

Am Sonntag, dem 6. März d. Jrs. findet nachmittags 4 Uhr in Sagen, (Lokal Köffe, Böhmerstr.) die

### Jahresversammlung

des Ortsverbandes statt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles folgt ein Lichtbildvortrag. Unsere Mitglieder nebst Angehörigen werden gebeten, ebenso pünktlich, wie zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand  
J. A. Wilt. Dtschpfa.

## Blättrliche Beitragszahlung ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 20.—26. Febr. ist die 8. Woche fällig für die Woche vom 27. Febr.—4. März ist die 9. Woche fällig für die Woche vom 5.—11. März ist die 10. Woche fällig